Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.76, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 225. | Dresden, Donnerstag den 28. September 1911. | 22. Jahrg.

Die Kompensationen.

Nach Abschluß der Verhandlungen über die Gestaltung der Verhältnisse in Marokko soll zwischen den beiden Unterhändlern Kiderlen und Cambon die Frage der von Frankreich an Deutschland zu gewährenden Kompensationen im äquatorialen Afrika erledigt werden. Diese „Kompensationen" sollen den Preis bilden für die Zustimmung des Deutschen Reiches, daß Frankreich die gesicherte Vormachtstellung in Marokko erwirbt. Es sollen dem Herrn v. Kiderlen dazu dienen, sowohl den Bruch der Versprechungen, die einst den Marokkanern gegeben waren, als auch den Verzicht auf die Hoffnungen, die durch den Panthersprung von Agadir erweckt waren, in Vergessenheit zu bringen. Eine „neue Kolonie" — das soll die Trophäe sein, die das Deutsche Reich aus dem Elend seiner Marokkopolitik heimbringt.

Von dieser neuen Kolonie dürfte aber das deutsche Volk allen Anlaß haben zu sagen, daß das Schicksal uns davor bewahren möge! Das Gebiet, um das das „größere Deutschland" jetzt wieder vergrößert werden soll, ist derartig beschaffen, daß derjenige, der es los wird, besser fährt als derjenige, der es erwirbt.

Wie eine Aufsehen erregende Enthüllung müssen die Mitteilungen wirken, die das Berliner Tageblatt aus dem Bericht der französischen Budgetkommission zum diesjährigen Kolonialetat über die Zustände im Kongo veröffentlicht. Dieser Bericht führte u. a. aus:

„Die Situation des äquatorialen Afrikas ist wahrhaft beunruhigend... Man muß zugeben, daß die Hindernisse furchtbar genug sind. Denn sie bestehen in folgendem: 1. in einer übertriebenen Entwicklung des Beamtentums; 2. in der unheilvollen Gesamtheit der konzessionierten Gesellschaften; 3. in dem Kolonial-Ministerium, das einen unerschöpflichen Vorrat an Trägheit hat und Meister ist in der Kunst, allen guten Willen zu entmutigen. Das Ministerium schließt sein Ohr systematisch allen Klagen aus den Kolonien, und es ist anzunehmen, daß es nicht einmal die Berichte liest, die sich darin erschöpfen, die ungeheuerlichen Mißbräuche der konzessionierten Gesellschaften und die Grausamkeiten einzelner von ihnen zu signalisieren ...

So beklagenswert die verschiedenen Budgets seit 1906 sind, so ist das von 1911 doch noch viel kläglicher. Um es nur einigermaßen zu balancieren, war man absolut gezwungen, alle Kredite für neue Arbeiten zu streichen, sowohl in dem allgemeinen wie in den speziellen Budgets. Einzig und außerordentlich ist es, daß die Verwaltung den Augenblick wählt, wo die Kolonie in einer unentwirrbaren Verlegenheit ist, um durch ein Dekret vom 15. Januar 1911 den Gouverneur zu ermächtigen, sein Gehalt um 37 000 Frank zu erhöhen. ...

Man wird nie genug wiederholen, daß die traurige Lage unserer Kolonie die Frucht der Politik der großen Konzessionen ist. Man hat die Schwäche gehabt, die öffentliche Gewalt in den Dienst der Kapitalisten zu stellen, die keine Skrupel behelligen, und wir halten uns länger als zehn Jahre an eine Politik, die durch die schlimmsten Mißbräuche bezeichnet ist. Und daraus erklärt sich die absolute Vernachlässigung dieser Kolonie. Die Minister haben in Wahrheit die Kolonie vollständig den Händen der Händler überlassen. Sie erwachen sich nur, wenn ein großer Skandal losgeht, und dann nur für einige Augenblicke. Die Kolonie geht aus dieser Verwaltung vollständig erschöpft hervor.

Die Verhinderung des freien Verkehrs ist das Hauptziel aller dieser Gesellschaften, und dabei ist noch zuzufügen, daß sie an Grausamkeiten wetteifern. Zwei mutige Männer, Challaye und Millet, die sich seit Jahren bemühen, die Geister ein wenig aufzurütteln und die Zentralverwaltung aus ihrer Stumpfheit zu ziehen, haben zu diesem Zweck niederschmetternde und erschreckende Aktenstücke veröffentlicht. Sie haben festgestellt, daß die Fruktifizierung „in einem Meer von Blut" vollbracht wurde. In einem Bericht des französischen Kolonialbeamten an das Ministerium heißt es, daß es ein feststehendes Prinzip der Direktoren der zwölf Kakaogesellschaften ist, Kautschuk um jeden Preis zu produzieren, selbst um den Preis des Verbrechens.

Dabei ist zu bemerken, daß drei Viertel dieser Gesellschaften sich dem Handel mit Waffen widmen, in Verletzung ihrer Verpflichtungen und der internationalen Verträge. Alle Welt weiß es, aber Verfolgungen finden fast nie statt. Man überläßt es den freien Gesellschaften, das Land mit Pulver und Flinten zu überschwemmen, und wenn die Eingeborenen, durch die Erpressungen der Händler aufs äußerste getrieben, sich entschließen, die Waffen zu gebrauchen, dann bildet man Streifkorps, um die Sicherheit zurückzuführen, man nimmt die Dörfer vor, man brennt sie nieder, weil die Lage unhaltbar dich und man sich mit allen Mitteln verteidigen muß, Offiziere und Soldaten fallen in Massen, und die Kolonie muß erhalten, um die Kosten der Expedition zu bestreiten. ..."

Diese Darstellung bietet einesteils ein furchtbares Dokument kapitalistischer Kolonialräubereien, sie zeigt aber zugleich, welche Herrlichkeiten die deutschen Diplomaten im Begriffe stehen, dem Deutschen Reiche als Geschenk aufzuhalsen. Es wäre eine wahrhaft trostlose Erbschaft, die wir da von Frankreich übernehmen sollen! Unsummen müßten in diese Kolonie gesteckt werden, um nur die allerschlimmsten Mißstände zu beseitigen und irgendein nennenswerter Ertrag scheint auf alle absehbare Zeit aussichtslos. Steckt doch Frankreich jährlich an 12 Millionen Frank in diese Kolonie!

Auch unsere Kolonialfexe, die sonst nicht genug von den Aussichten der afrikanischen Kolonialgebiete schwärmen können, sind diesmal äußerst ungehalten über die minderwertige Gabe, durch die Fabeln das Reich zu mehren gedenkt. So schreibt die alldeutsche Tägliche Rundschau:

„Welchen Wert kann nun dieses Land für uns Deutsche haben? Für Kolonisten kommt es wegen seines mörderischen Klimas, das schlechtesten in ganz Afrika, nicht in Betracht. ... Die Aussichten für Kautschukplantagen sind nach den Resultaten, die man im belgischen Kongo erzielt hat, recht zweifelhaft. Was bleibt da übrig als das Holz des Waldes und Elfenbein! Für Holz, Oel und Produkte des Ackerbaus ist der Export wegen der hohen Transportkosten ausgeschlossen."

Wem zu Nutzen will also die deutsche Regierung den französischen Kongo dem deutschen Kolonialbesitz einverleiben? Wenn anders als den Franzosen, die vergnügt sein werden, wenn sie dieses „Höllenland", wie sie ihre Kongokolonie selbst nennen, mit Anstand los werden.

Herr v. Kiderlen-Wächter glaubte seine Sache gewiß sehr gut gemacht zu haben, wenn er dem Reich aus den Marokkoverhandlungen eine neue Kolonie mitbrachte. Jetzt stellt sich aber immer deutlicher heraus, daß diese sogenannte „Kompensation" die eigentliche Achillesferse des vor dem Abschluß stehenden deutsch-französischen Abkommens darstellt. Deutschland konnte sich angesichts der Macht unabänderlicher Tatsachen auf einen zahmen Protest gegen die Nichtbeachtung der Algecirasakte beschränken und sich damit begnügen, seine wirtschaftliche Aktionsfreiheit in Marokko sicherzustellen. Statt dessen hat man mit Grundsätzen geprunkt, von Vertragstreue geredet und hat sich dann diese Grundsätze nebst der Vertragstreue in einem Geschäft abkaufen lassen, in dem man zuletzt doch nur die Rolle des betrogenen Teufels gespielt hat. Deutschland hätte sich durch einen Verzicht auf das plumpe Abenteuer von Agadir die Freundschaft der Franzosen und mit ihr gewaltige wirtschaftliche Vorteile erkaufen können, dafür gewinnt es jetzt nur die Anwartschaft auf den Haß der Kongoneger und die Aussicht auf eine koloniale Pleite.

Der weiße Schrecken in Wien.

-th- **Wien**, 27. September.

Sie nehmen Rache, blutig, furchtbar Rache. Eigentlich könnten sie doch wohl mit den unmittelbaren Ergebnissen des blutigen Sonntags zufrieden sein. Das Wiener Proletariat hat bereits das zweite Opfer in die kühle Erde gebettet, den 19jährigen Arbeiter Joachimsthaler, der an einer Bauchschußwunde Freitag verschieden ist; und zwei von den übrigen neunzig Verwundeten ringen mit dem Tode. Vier Todesopfer — der Regierung und den Werkzeugen ihrer Abschreckungstheorie ist das zu wenig. Sie haben den Gerichtssaal zum Ort der Rache gemacht, und ohne das russische Kriegsrecht vollstrecken sie Standrechtsurteile. Reichliches „Material" hat die Polizei am Sonntag und — am Montag und Dienstag voriger Woche, als der „Aufruhr" schon vorbei war — zusammengefangen. Und wie zusammengefangen! Feigheit, jämmerlichste Mutlosigkeit ist die Haupteigenschaft der Wiener Wachmannschaft. Man nennt es Zurückhaltung, wenn sie angesichts der versammelten Volksmenge soviel gewähren läßt, aber sie fürchtet sich einfach vor der überlegenen Zahl und kühlt ihr Mütchen beim Auseinandergehen der Menge. So war es auch am Sonntag. Sie kam überall nach der Tat. Die Nachzügler, die Neugierigen waren ihre Beute. Wie keiner von den Ermordeten und Verletzten in irgendeiner Weise an den Zerstörungen beteiligt war, so hat die Polizei auch nicht einen von denen in Haft genommen, die die Schulen gestürmt und den Trammwaywagen angezündet haben. Aber sie hat danach 250 Verhaftete. Nur sind es fast durchwegs Leute, denen die Polizei nachsagt, sie hätten einen Stein geworfen und was dergleichen Polizeiausagen sind.

Aber im Gerichtssaal werden sie zu jahrelangen Kerkerstrafen verurteilt. Es sind im ganzen bisher sechzig abgeurteilt worden, die insgesamt an 46 Jahre Kerker und Arrest erhalten haben. Das zu bewirken hat man eine unfehlbare Methode erwählt. Man schiebt einfach die Gesetze zur Seite, hebt den Schuldbeweis auf, und belastet dagegen den Angeklagten mit dem Unschuldbeweis. Ueberdies verwandelt man jede Uebertretung in ein Verbrechen. Boshafte Beschädigung fremden Eigentums ist eine Uebertretung, wenn der Schaden unter 200 Kronen liegt. Allein man hat nur die wenigsten Laternenzertrümmerer vor das Bezirksgericht gebracht, wo sie überdies mit den höchsten zulässigen Strafen, drei und sechs Monaten Arrest, belegt wurden. Bei allen anderen Steinwürfen wurde angenommen, daß sie gegen die Wache geworfen worden seien und das ist dann „öffentliche Gewalttätigkeit", oder daß wegen des Auflaufs und des bösen Beispiels „besonders gefährliche Umstände" vorwalten. Die „gefährlichen Umstände" zaubern aber den Steinwurf in ein zuchthauswürdiges Schwerverbrechen um. Und was wird nicht alles zur öffentlichen Gewalttätigkeit. Acht Monate schweren Kerkers (österreichischer Ausdruck für Zuchthaus) bekommt ein Mann, der ein Faß gewälzt hat. Allerdings im Rücken der Ulanen, allerdings während sie standen, so daß von einer „Handanlegung" auch im entferntesten Sinne nicht die Rede sein kann. Ein Junge von 15 Jahren schiebt einen Schimmel zur Seite, um fliehen zu können — öffentliche Gewalttätigkeit, drei Monate, und das vor dem milde urteilenden „Jugendsenat". Doch am gefährlichsten ist die „Handanlegung" an das Polizeiroß. Ein Angeklagter soll das Polizeipferd auf die Nüstern geschlagen, ein andrer es mit dem Stocke getroffen haben: beide erhalten ein Jahr Zuchthaus, denn sie haben nicht bloß öffentliche Gewalttätigkeit begangen durch Handanlegung an das obrigkeitliche Pferd, sondern sie haben auch die Umstehenden „gefährdet", obwohl in beiden Fällen das Pferd nicht scheute. Ein Mann wirft einen Stein, er hat niemand getroffen, der Stein fiel mitten in einem Steinhagel, es war erwiesenermaßen ein kleiner Kieselstein: anderthalb Jahre Zuchthaus, denn wiederum ist das Gewalttätigkeit und Gefährdung, wiewohl niemand beweisen kann, daß der Steinwurf gegen die Polizei gerichtet war.

Noch schamlosere Gesetzesverletzungen geschehen. Wir haben seit Jahren einen Jugendsenat, der von dem außerordentlichen Milderungsrecht Gebrauch machen soll. Vor ihn gehören die Jugendlichen. Aber ein Angeklagter, der für einen Steinwurf die schwerste Strafe, zwei Jahre Zuchthaus, erhielt: er war auch einer der jüngsten, nämlich knapp sechzehn Jahre, und daß man ihn seinem verordneten Richter entzog, daß man ihn des außerordentlichen Milderungsrechtes beraubte, das entschuldigt man jetzt mit „Schlamperei". Was sind jedoch die Beweise, auf die hin verurteilt wird? Ein gutes Drittel der Verurteilten wurde gar nicht bei der Tat oder bei deren Vorbereitung erfaßt, sondern bei einer allgemeinen Flucht aus der Menge herausgegriffen. Und da lauten denn die Amtseide: „Ich erkenne ihn an dem grünen Hut" oder „Er hatte einen grauen Anzug". In einem Fall wurden drei zu je drei Monaten Arrest vom Berufungsgericht verurteilt wegen einer zerschlagenen Laterne, ohne daß sich Gericht und Obergericht die Mühe nahmen, nachzuweisen, wen sie für den Täter und wen für den Helfer halten. In einem Fall kommt ein fünfzehnjähriger Junge nur deshalb frei, weil der Verteidiger durch Zufall erfährt, daß zugleich ein Zweiter wegen desselben Steinwurfs angeklagt ist. Sie waren in einer Zelle — sonst hätte ein Stein zwei Zuchthausstrafen und zwei Zuchthäusler gezeugt.

Wie soll man Worte finden für solche Schandtaten, die von solchen Männern im Richtertalar begangen werden aus elender Streberei und auf Befehl — denn der Leiter des Landgerichts war vor Eröffnung der Prozesse vom Justizminister vorgerufen worden. Aber sie haben sich noch nicht sattgefressen, sie wittern nach neuem Raub. Sie und die Polizei möchten doch auch die Teilnehmer an den wirklichen Zerstörungen auf den Block legen. Und so wird denn ein wahrhaft russisches Spitzelsystem in Ottakring durchgeführt. Lehrer und Lehrerinnen entwürdigen sich dazu, bei den Schulkindern durch peinigende Fragen nach den Steinwerfern zu forschen. Polizeiagenten fragen die Hausbesorger aus, und belauschen die Gespräche der Kinder auf den Gassen. Wenn nun so ein Knirps Wahres und Falsches über seine Heldentaten daherprahlt, tritt ihn der Geheimpolizist an, frotzelt ihn, daß er doch zu klein sei, um solche Taten vollführen zu können. Dann versichert der Kleine und beschwört sein Heldentum dem für harmlos gehaltenen Zivilisten — und wird stracks verhaftet. Zu solchen Schuftereien steigt die Behörde herab, und bedenkt nicht einmal, wie derartige Niederträchtigkeiten die ohnedem aufgeregte Bevölkerung reizen müssen.

Der Zwist um Tripolis.

Eine friedliche Verständigung zwischen Italien und der Türkei ist heute noch immer fraglich. „Die Meldungen vieler Blätter über begonnene Vermittlungsaktionen der Großmächte", schreibt der Lokalanzeiger offiziös inspiriert, „sind schon aus dem Grunde unglaubwürdig, weil weder von italienischer noch von türkischer Seite dahingehende Anträge den Kabinetten der in Betracht kommenden Mächte gestellt worden sind. Zu einer Vermittlung muß zudem nach völkerrechtlichem Brauch der Wunsch beider streitenden Parteien vorliegen. Das schließt aber, wie wir schon wiederholt betonten, nicht aus, daß die europäische Diplomatie und mit ihr auch die deutsche unter der Hand bestrebt ist, in Konstantinopel sowohl wie in Rom freundschaftliche Vorstellungen zu machen, die geeignet sind, dem Ausbruch von Zwistigkeiten vorzubeugen und Zeit für die Einleitung von Verhandlungen zu gewinnen. Unter diesen Umständen scheint es nicht ausgeschlossen, daß der italienisch-türkische Konflikt noch zu einem friedlichen Ausgleich führt."

So wenig optimistisch der letzte Satz auch ausklingt, — zu einem türkisch-italienischen Krieg dürfte es trotzdem nur kommen, wenn unvorhergesehene Unruhen in Tripolis ausbrechen sollten. Denn die Türkei kann sich bei ihrer innerpolitischen Situation auf einen Krieg kaum einlassen. Albanien und Arabien lauern nur auf den Zeitpunkt einer neuerlichen Erhebung, Kreta will sich losreißen und Griechenland würde eine Vereinigung mit Mazedonien suchen. Uebereinstimmende Meldungen von der türkischen Grenze besagen, daß bereits seit einigen Tagen an der griechischen Grenze eine lebhafte Bewegung herrsche. Griechischerseits würden besonders nachts außergewöhnliche Vorkehrungen getroffen. Verstärkungen der Artillerie vorgenommen, Munition und Truppen treffen ein.

An der türkischen Nordgrenze lauern Serbien, Bulgarien, Montenegro, um sich ihr Stück Mazedonien zu holen. Darum werden die Jungtürken zu weitgehenden Konzessionen an Italien neigen und auch die Großmächte werden dahin drängen,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110928/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG